

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Werden die USA wirtschaftspolitisch aktiv? Streiflichter aus der amerikanischen Gedankenwelt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1960) : Werden die USA wirtschaftspolitisch aktiv? Streiflichter aus der amerikanischen Gedankenwelt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 4, pp. 193-194

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/132947>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Werden die USA wirtschaftspolitisch aktiv?

Streiflichter aus der amerikanischen Gedankenwelt

New York, den 5. 4. 1960

Kritiker in den USA wie in den verbündeten Ländern werfen der Eisenhower-Regierung vor, daß sie sich in der Vorbereitung zur Gipfel-Konferenz und in der Gestaltung der großen Abrüstungsdebatte mit der Sowjetunion allzusehr ins Schlepptau Moskaus nehmen lasse. Man klagt darüber, daß die fünf westlichen Beteiligten an der Genfer Abrüstungsdebatte weder bei den vorbereitenden Gesprächen in Washington noch bei der letzten „Polierung“ der spärlichen Vorschläge in Paris eine einheitliche Linie im Gesamtplan oder detaillierte Maßnahmen für die Verwirklichung des westlichen Abrüstungsvorschlages gefunden hätten. Die Folge sei, daß es der sowjetischen Public Relations-Maschine in Genf — die ohnehin sehr viel robuster arbeite als der westliche Informationsapparat — immer wieder gelänge, den Eindruck zu erwecken, als ob es der Ostblock sei, der fruchtbare Ideen zur Abrüstungserörterung beisteuere, während der Westen sich im wesentlichen darauf beschränke, die Ehrlichkeit der sowjetischen Vorschläge zu bezweifeln, im übrigen aber in ein recht dürftiges Sammeln gerate, wenn er eigene Gegenvorschläge vorbringen oder selbst die Initiative ergreifen solle, um das Genfer Denken in neue, konstruktive Bahnen zu dirigieren. Dieser Eindruck sei um so bedauerlicher, fahren diese Kritiker fort, weil den nicht-gebundenen Völkern Asiens und Afrikas der Abrüstungsgedanke sehr gefalle und sie nun abwarten, wer mehr dazu beitragen werde, ihn ganz oder beschränkt zu verwirklichen. Daß der von Chruschtschow ausgeworfene Köder, eingesparte Abrüstungsgelder als Entwicklungshilfe für diese Völker zu verwenden, das Interesse dieser „Zuschauer“ wesentlich erhöhe, liege auf der Hand.

Die amerikanische Blickrichtung

Man muß sich diese nicht ganz unbegründeten kritischen Überlegungen recht klar vor Augen führen, wenn man die wirtschaftspolitischen Überlegungen amtlicher Kreise in Washington während der letzten Monate richtig verstehen will. Es hat sicherlich nicht nur die „Äußeren Sieben“ überrascht, daß in das politische Kommuniqué über die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Präsident Eisenhower in Washington sich eine sehr präzise Anerkennung der jüngsten Anstrengungen der „Inneren

Sechs“ (wie es heißt, auf amerikanische Initiative) einschlich. Die Bezeichnung der Hallstein-Vorschläge zur Beschleunigung der Zollprozedur im Gemeinsamen Markt als „bedeutenden Beitrag zur allgemeinen Verminderung der Welthandelshindernisse“ in diesem Kommuniqué war für die Mitglieder und Freunde der EFTA zweifellos eine bittere Pille. Um die amerikanischen Gedankengänge in der richtigen Perspektive zu sehen, muß man sich klarmachen, daß sich die amerikanische Blickrichtung nicht auf Europa beschränkt, ja, nicht einmal auf Europa konzentriert.

Dringendste Aufgabe: Entwicklungsländer

Amerikas wirtschaftspolitische Überlegungen sind seit einigen Monaten ganz entscheidend auf die Entwicklungsländer abgestellt. Es bedurfte gar nicht der primitiven Sowjetformel „Spart an der Rüstung, und helft den unterentwickelten Völkern!“ Die Erkenntnis, daß mehr, sehr viel mehr für die Entwicklungsländer geschehen müsse, ist den Fachleuten in den Ämtern und in der Wirtschaft aus ganz anderen, eigenen Erfahrungen und Überlegungen gekommen. Sie stammt aus der Einsicht, daß mit der Hilfe im bisherigen Umfang die Völker Afrikas und Asiens nicht reicher, sondern ärmer werden müssen, da diese Hilfe nicht einmal ausreicht, um dem gewaltigen Bevölkerungszuwachs dieser Völker Nahrung und Arbeitsplätze zu schaffen. Hinzu kommt, daß man aus der Entwicklung des amerikanischen Außenhandels und des Zahlungsverkehrs deutlich ablesen kann, daß die USA weder allein noch zu einem überwiegenden Teil jene zusätzliche Hilfe gewähren können, die erforderlich ist. Daß man vom Sowjetblock keine nennenswerten Hilfsleistungen für die unterentwickelten Länder erwartet, darüber spricht man in eingeweihten Kreisen in Washington und New York kaum noch. Das versteht sich tatsächlich am Rande — ganz abgesehen davon, daß man es nicht leicht finden würde, Hand in Hand mit der Sowjetunion Afrika und Asien aufzubauen. Etwas anderes ist es, daß man ständig die propagandistischen Empfehlungen der Sowjethilfe, die in keinerlei realistischem Verhältnis zu der gebotenen Hilfe stehen, widerlegen, d. h. die Hilfe auf ihren wahren Gehalt zurückführen muß.

Wenn man gelegentlich in den USA die Erfordernisse an Hilfe für die Entwicklungsländer mit den Erfordernissen der Europahilfe nach dem letzten Kriege

DEUTSCHE SCHIFFSBELEIHUNGS-BANK

AKTIEN-GESELLSCHAFT

HAMBURG

Fernruf 32 20 37

Fernschr. 02 14029

Gewährung erststelliger Schiffshypotheken an die See-, Küsten- und Binnenschifffahrt

Verkauf mündelsicherer deckungsstockfähiger Schiffspfandbriefe

und dem Instrument dieser Hilfe, dem Marshallplan, vergleicht, so ist dies vielleicht kein Zufall. Der Verwalter und Gestalter dieser Hilfe, Paul Hoffman, ist heute als Verwalter und Gestalter des „Sonderfonds“ der Vereinten Nationen äußerst aktiv an dem amerikanischen Bemühen beteiligt, die Größenordnung der erforderlichen Hilfe zu ermitteln. Es war Paul Hoffman, der im vergangenen Herbst in Artikeln und Reden nachzuweisen trachtete, daß es einer weltweiten Aktion bedürfe, um dem Problem auch nur in ganz bescheidenem Umfange zu Leibe rücken zu können. Es sei dahingestellt, ob Hoffman, aus seiner Einsicht in die Möglichkeiten der Vereinten Nationen, ernsthaft an eine weltweite Gemeinschaftslösung glaubt. Fest steht wohl, daß auch diejenigen Amerikaner, die seine Vorstellungen über den Umfang der erforderlichen Hilfe teilen, bisher nicht zu überzeugen sind, daß man diese gewaltige Hilfe durch die Vereinten Nationen schleusen sollte. Stattdessen schwebt ihnen vor, die leistungsfähigen Länder der freien Welt zu einem Höchstmaß von Anstrengungen zugunsten der Entwicklungsländer zu veranlassen. Zu diesen Ländern gehören außer den USA und Kanada auch Großbritannien und einige weitere Länder des Commonwealth, die europäischen Länder, die sich nicht zuletzt mit der Marshallhilfe in so unvorstellbar kurzer Zeit wieder auf eigene Füße stellen konnten, und schließlich auch Japan, gleichfalls ein Land, das mit amerikanischer Hilfe und eigener Tüchtigkeit es vermocht hat, sich aus wirtschaftlichem Tiefstand und aus der Gefahr langanhaltender Krise in eine beachtliche Prosperität hinaufzuklimmen.

Hier liegt also der größere Aspekt der wirtschaftspolitischen Aktivität, die von Washington seit einiger Zeit entfaltet wird. Man hat dabei in manchen amerikanischen Kreisen den Eindruck, als ob Größe und Dringlichkeit der Aufgabe in den meisten europäischen Hauptstädten bisher noch nicht richtig erkannt worden seien, ob aus der Selbstbespiegelung im eigenen Wohlstand heraus oder aus Verschnupfung über die „Entkolonialisierung“ ehemaliger Einflußsphären und Wohlstandsquellen läßt man offen und hält man auch nicht für so wichtig. Wichtig erscheint es den Amerikanern dagegen, daß man bald zu konkreten Plänen kommt, wie man gemeinsam der gestellten Aufgabe Herr werden kann.

Der Dillon-Plan

Hier findet man den Motor für den sogenannten Dillon-Plan, hier liegt letztlich auch der Anlaß für die bestimmte Äußerung Washingtons zugunsten beschleunigter Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes in Europa. Der Dillon-Plan ist das Ergebnis von Eindrücken, die der Unterstaatssekretär im vergangenen Herbst auf der GATT-Tagung in Tokio gewonnen hat. Und dieser Plan, der die gesamte noch freie Welt, Spender und Empfänger zusammen, zu einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zusammenschweißen soll, in der sowohl das wirtschaftliche Interesse, die Hebung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern, von allen geteilt wird, als auch die politische Gefahr des Kommunismus von allen erkannt wird. Dieses zweite Ziel wird sich bestenfalls verwirklichen lassen, nachdem erhebliche Anfangserfolge bei der Verwirklichung des ersten Zieles erreicht worden sind; bestenfalls, denn es gehören nicht nur wirtschaftliche Ergebnisse zu diesen notwendigen Anfangserfolgen, sondern es müssen auch ideologische Erfolge angestrebt und erzielt werden. Diese ideo-

logischen Erfolge aber werden nur mit dem Opferwillen vieler einzelner Vertreter des Hilfswillens der freien Welt geschaffen werden können. Man muß bei der Entwicklungshilfe aus dem Gelddenken und aus dem Materialdenken herauskommen, wenn sie nicht nur Hunger und Not überwinden helfen, sondern auch die Würde freier Menschen retten soll. Es beginnt in Amerika in einflußreichen Kreisen zu dämmern, daß man vor der vielleicht größten Aufgabe des 20. Jahrhunderts steht, eine Aufgabe, die nur mit friedlichen Mitteln, nicht mit Atombomben und Raketen gelöst werden kann. Man dürfte kaum fehlgehen in der Prognose, daß in den nächsten zwei, drei Jahren derartige Gedanken in Amerika ganz erhebliche Verbreitung gewinnen werden und daß dann die Amerikaner ihre Freunde danach bewerten werden, mit wieviel Idealismus sie der von ihnen erwarteten, ja geforderten Hilfe für die Entwicklungsländer erst das rechte, das menschliche Gewicht verleihen werden.

Die politische Integration Europas

Wenn Deutschland in den Nachkriegsjahren sich in Amerika ein besonderes Maß an Vertrauen erwerben konnte, so nicht zuletzt deshalb, weil wir mit unserem Pfunde, mit der Marshallhilfe, zu wuchern wußten. Und darunter verstehen die Amerikaner nicht nur unser „Wirtschaftswunder“. Sie verstehen darunter auch die Bemühungen Deutschlands, aus der größten politischen und menschlichen Katastrophe seiner Geschichte zu lernen und daraus die Konsequenz eines Aufgehens in einer größeren europäischen Einheit zu ziehen. Der Gemeinsame Markt ist aus eben diesem politischen Instinkt heraus von den Amerikanern stets begrüßt und befürwortet worden. Sie haben auch bereitwillig ihre Bedenken betäubt, es könnte ihnen und anderen schwer gemacht werden, in Europa weitere Absatzmärkte zu gewinnen, weil sie mit ihrer expansiven Mentalität sich dem Gegenargument nicht verschließen wollten, daß aus der Stärkung Europas eine Stärkung der Weltwirtschaft entspringen müsse.

Dieses Politikum in den Rom-Verträgen hat in amerikanischer Sicht auch die Widerstände de Gaulles gegen die europäische Integration und die Hintergedanken Großbritanniens beim Kampf zuerst für die Große und dann für die Kleine Freihandelszone überdauert. Es erscheint den Amerikanern heute noch so relevant und wichtig wie am ersten Tage. Daher waren sie auch von der politischen Zweckmäßigkeit einer beschleunigten Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes überzeugt und steuerten von sich aus den Gedanken bei, daß wirtschaftspolitisch die vorübergehende Anhebung der Außenzölle noch am ehesten in einer Periode der Hochkonjunktur zu vertreten und zu verkraften sei. Es kann schon seit einiger Zeit beobachtet werden, daß die Argumente der EFTA in den USA — und ähnliches wird auch aus Kanada berichtet — deshalb ohne jede tiefere Wirkung geblieben sind, weil man den wirtschaftlichen Schaden der Zollanhebung um den Gemeinsamen Markt zwar nicht verkennt, jedoch bei weitem nicht so ernst und hoch veranschlagt, wie dies von den Sprechern der „Äußeren Sieben“ geschieht. Politisch aber verspricht sich Washington ganz erheblich viel mehr von einer weitergehenden politischen Verschmelzung in der kleineren europäischen Gemeinschaft als von der handelspolitischen und nicht politisch denkenden Gruppe der Sieben. (e. w.)